



Ostbeauftragte Iris Gleicke und Staatssekretärin Elke Ferner eröffnen Kongress 'Frauen führen Kommunen - Bürgermeisterinnen in Ost und West'

Ostbeauftragte Iris Gleicke und Staatssekretärin Elke Ferner eröffnen Kongress "Frauen führen Kommunen - Bürgermeisterinnen in Ost und West" Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke, und die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner, begrüßten heute in Berlin Bürgermeisterinnen aus ganz Deutschland. Auf Einladung der Ostbeauftragten diskutierten rund 100 Bürgermeisterinnen und Landrätinnen darüber, wie es gelingen kann, mehr Frauen für kommunalpolitische Führungsaufgaben zu gewinnen. Ostbeauftragte Iris Gleicke: "Frauen sind in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert, und zwar bundesweit. Und das, obwohl die Frauen in der DDR in puncto Gleichberechtigung ein Stück weiter waren. Wir können es uns in einem so zentralen politischen Gestaltungsbereich wie der Kommunalpolitik nicht erlauben, dass die eine Hälfte der Bevölkerung nicht angemessen vertreten ist. Die Kommunalpolitik ist nicht der Keller der Demokratie, sondern ihr Fundament! Gerade beim Bürgermeisteramt sind die sogenannten 'weiblichen Eigenschaften' wie Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeitsempfinden, Intuition, Kontaktfreude, Flexibilität und nicht zuletzt die Fähigkeit zum Multitasking gefragt. Der heutige Kongress soll Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung kommunalpolitisch aktiver Frauen bieten." Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner: "Es ist wichtig, dass mehr Frauen in der Kommunalpolitik Verantwortung übernehmen, denn dort werden die Lebensbedingungen der Menschen geschaffen: von den Kita-Plätzen und -Gebühren über Bebauungspläne bis hin zu Spielplätzen, Freibädern und öffentlichen Freiräumen. Kommunalpolitik ist entscheidend dafür, wie lebenswert eine Stadt oder eine Gemeinde ist. Für mehr Lebensqualität braucht es in den politischen Gremien die richtige Mischung: halb Frauen - halb Männer. Frauen können viel bewegen und müssen in der Politik mitgestalten können. Deshalb sollten wir genau hinschauen, warum der Frauenanteil in der Politik gerade auf kommunaler Ebene so niedrig ist. Und wir müssen alles dafür tun, damit sich mehr Frauen in der Politik engagieren können." Nur jedes 10. Rathaus in Deutschland wird von einer Bürgermeisterin geführt. In den Stadt- und Gemeinderäten sind Frauen nur mit 26 Prozent vertreten. Der Kommunalpolitik gehen in Ost wie West damit wichtige Potenziale verloren. Während die Wirtschaft bereits Strategien entwirft, wie der Anteil von Frauen in den Topetagen der Unternehmen gesteigert werden kann, wird die Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen kaum wahrgenommen. Auf dem Kongress wurden unter anderem Ergebnisse einer aktuellen bundesweiten Befragung der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, EAF, von weiblichen und männlichen Bürgermeistern vorgestellt. Die Fragen lauteten: "Wie kann die weibliche Repräsentanz in kommunalpolitischen Führungspositionen gesteigert werden? Welche Konzepte und gute Praktiken gibt es? Wie hoch ist der Bedarf an Vernetzung und Austausch?" Die Ostbeauftragte Gleicke hat den Kongress "Frauen führen Kommunen - Bürgermeisterinnen in Ost und West" anlässlich des Doppeljubiläums "25 Jahre Mauerfall - 25 Jahre Deutsche Einheit" in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiiert, um Bürgermeisterinnen in ganz Deutschland zusammenzubringen und damit ihre parteiübergreifende und bundesweite Vernetzung anzuregen. Durchgeführt wird die Fachveranstaltung von der EAF. Kontakt/Website für mehr Infos: www.frauen-macht-politik.de Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Scharnhorststr. 34-37 11019 Berlin Deutschland Telefon: 030 18 615-6121 Telefax: 030 18 615-7020 Mail: pressestelle@bmwi.bund.de URL: <http://www.bmwi.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: Bundeskartellamt Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Bundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe